

Bündnis 90 / Die Grünen Berlin · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

An den
Betriebsrat der GASAG AG
EUREF-Campus 23-24
10829 Berlin

**Bündnis 90/Die Grünen
Landesverband Berlin**

Susanne Mertens und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 - 30
Landesvorsitzende@gruene-berlin.de

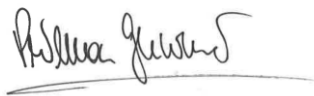
6. Februar 2023

Wahlprüfsteine der Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe

Sehr geehrter Herr Schulze, sehr geehrter Herr Lachmann,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Mertens und Philmon Ghirmai

1. Wie kann eine sichere Energieversorgung Berlins in Zukunft aussehen und welche Rolle spielt dabei die GASAG-Gruppe als Ganzes?

Wenn wir wollen, dass die Energiekosten langfristig nicht zum Fass ohne Boden werden, müssen wir jetzt energiepolitisch umsteuern und nach der Energiewende auch die Wärmewende einleiten. Auf Dauer ist es nicht möglich, dass der Staat die Versorgung durch fossile Energieträger subventioniert. Deshalb müssen wir nicht nur bei der Stromerzeugung auf Solar und Windkraft umstellen, sondern auch bei der Wärmeerzeugung neue Wege gehen.

Gerade bei der Wärmeversorgung zeigt sich unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern besonders deutlich. Der Anteil von Erdgas- und Ölheizungen sowie von Fernwärme betrug in Berlin 2019 knapp 90 Prozent. Damit wir uns aus dieser Abhängigkeit befreien können, brauchen wir – als eine erste Säule – ein sicheres Investitionsprogramm zum Umbau unserer Berliner Wärmeversorgung. Die technischen Alternativen der erneuerbaren Wärmeerzeugung, wie zum Beispiel Wärmepumpen, existieren bereits. Jetzt geht es darum, die Finanzierung des Umbaus bereitzustellen und den Fachkräftemangel zu überwinden.

Das gleiche gilt für die energetische Sanierung von Gebäuden. Es geht darum, die Häuser, in denen wir wohnen und arbeiten, energieeffizienter zu machen. Dazu braucht es – als eine zweite Säule – eine umfassende Gebäudesanierungsoffensive der öffentlichen Hand. Das senkt die Nebenkosten deutlich und ist ein substanzieller Beitrag zum Klimaschutz. Bei der Transformation kommt der GASAG-Gruppe eine entscheidende Rolle zu. Zunächst gilt es so schnell wie möglich und sozialverträglich den Abschied vom fossilen Gas zu organisieren. Inwieweit das derzeitige Erdgasnetz für grünen Wasserstoff genutzt werden kann und inwieweit dies möglich ist, ist derzeit noch nicht abzusehen. Dies liegt auch an Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden. Sollte die GASAG-Gruppe ein Wasserstoffnetz betreiben dürfen, liegt hier ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld, bei dem wir auf das Knowhow der GASAG-Gruppe mit ihren Beschäftigten angewiesen sind. Zudem wollen wir das Engagement der GASAG-Gruppe im Bereich der Nahwärmenetze nützen, um damit auch in diesem Bereich die Wärmewende voranzubringen.

2. Wie wollen sie erreichen, dass alle Akteure der Daseinsvorsorge zukünftig abgestimmt und effizient miteinander arbeiten, um Verkehrswende und Energiewende zu bewältigen und die Berlinerinnen und Berliner dabei mitzunehmen?

Ein abgestimmtes und gemeinsames agieren der in Berlin ansässigen Energieversorgungsunternehmen ist ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation Berlins hin zu einer klimaneutralen Stadt. Hier sehen wir Grünen einen wesentlichen Vorteil einer Rekommunalisierung bzw. eines Einstiegs bei der GASAG-Gruppe. Zusammen mit der Stromnetz Berlin, den Berliner Wasserbetrieben, der Berliner Energieagentur und hoffentlich auch zukünftig mit der Vattenfall Wärme und der GASAG-Gruppe ist dies erheblich einfacher. Dennoch müssen dafür die entsprechenden Strukturen geschaffen werden. Dies kann z.B. dadurch organisiert werden, dass die Energieunternehmen sich in der Berlin Energie Netzholding organisieren.

3. Werden sie am erklärten Ziel einer Beteiligung an der GASAG-Gruppe zum Zusammenschluss mit der Vattenfall-Fernwärme festhalten?

Sofern sich Vattenfall auch dafür entscheidet seinen Anteil an der GASAG-Gruppe zu veräußern, sollte das Land Berlin einen Einstieg in die GASAG-Gruppe prüfen, insbesondere wie dieser den energie- und klimapolitischen Zielen zuträglich sein kann. Entscheidend ist dabei auch wie mit den verbleibenden Eigentümer E.on und Engie eine Übereinkunft getroffen werden kann, die die Klimaschutzziele des Landes an erster Stelle setzt.

4. Wie wollen Sie im Falle einer Beteiligung an der GASAG-Gruppe, die Sicherung der Arbeitsplätze, gute Arbeit, mit fairen Arbeitsbedingungen und tariflichen Entgelten gewährleisten?

Wir Grüne fordern gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern, dass bei einer möglichen Rekommunalisierung der Vattenfall Wärme und der GASAG alle erforderlichen institutionellen und eigentumsrechtlichen Veränderungen so gefasst werden, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt werden und die Arbeitsverhältnisse zu unveränderten Bedingungen und unter Wahrung des gesamten Besitzstandes fortgeführt werden.

Ziel ist, das Fachkräftepersonal zu binden und den energiewirtschaftlichen Sachverstand für das Land Berlin zu erhalten. Basis sind die angewandten Energie-Tarifvertragswerke für den Geltungsbereich des Bundeslandes Berlin. Diese Selbstverpflichtung soll auch für die Beschäftigten zugeordneter Betriebseinheiten oder Gesellschaften, die Serviceaufgaben übernehmen, gelten. Vorbild für die Sicherung der Arbeitsbedingungen ist die Rekommunalisierung der Stromnetz Berlin.

5. Wie wollen sie die Teilhabe der Arbeitnehmenden bei den bevorstehenden Veränderungsprozessen im Berliner Energiesektor der Daseinsvorsorge sicherstellen?

Demokratische Mitbestimmung in Betrieben ist wichtig, gerade in Krisenzeiten und insbesondere bei der anstehenden Transformation. Diese kann uns nur gelingen, wenn die Arbeitnehmenden in dem Prozess aktiv miteinbezogen werden. Aus diesem Grund pflegen wir seit Jahren ein gutes Verhältnis zum Konzernbetriebsrat der GASAG-Gruppe, um uns mit diesem über die aktuellen Herausforderung Berlins auszutauschen. Diesen Austausch wollen wir weiter betreiben und bei einem möglichen Einstieg des Landes Berlins in die GASAG-Gruppe auch ausloten, wie die Teilhabe noch verbessert werden kann.